

Kieler Nachrichten

„Ich kann Ihnen gar nicht sagen, wie froh ich jeden Morgen bin, daß Sie noch da sind!"

in Hannover eine Dame mit ihrem Begleiter aus dem Zug nach Dresden herausgeholt, die Frau Lüneburg ähnelte. Aus Bonn reisten zwei FDP-Emissäre an, die aber gleich abwinkten: Das war sie nicht.

In der Kabinettssitzung fragte letzten Mittwoch einer der Teilnehmer, ob denn in Baggerseen nach Frau Lüneburg gesucht werde. Noch immer wollen die Liberalen nicht an Verrat glauben – auch wenn inzwischen mit größter Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist, daß Sonja Lüneburg der Name einer in die DDR verzogenen Friseuse ist. Er würde sich „nicht wundern", beschwichtigte sich einer aus der FDP-Spitze, wenn sie zurückkäme und erkläre, sie habe mit einem neuen Freund glückliche Tage in südlicher Sonne verlebt.

Wie stets, wenn die Republik über vermeintliche oder tatsächliche Spionagefälle in Aufregung gerät, begannen auch die Politiker ihr gewohntes Spiel. Streng verlangte Gerhard Jahn, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Mitte letzter Woche von der Bundesregierung „umfassende" Unterrichtung in Sachen Lüneburg und Richter – zu einem Zeitpunkt, als Justizstaatssekretär Klaus Kinkel nach Jahn fahndete, um ihm eben diese Informationen zu geben.

Sonst hielten sich die Genossen, die ja nicht wissen können, ob nicht auch noch die eine oder andere Dame aus ihren Vorzimmern verschwindet, mit Schuldzuweisungen auffallend zurück. Carl-Dieter Spranger, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium, wußte dagegen gleich, wer östlichen Spähern das Wirken in Westdeutschland erleichtert hat: die sozialliberale Koalition, die „vernünftige Überprüfungen" mit „übertriebenem Datenschutz" verhindert habe.

Als der christsoziale Rechtsaußen jedoch etwas konkreter wurde, brach er ein. Möglicherweise hätten sich, so Spranger, bei früheren Sicherheitsüberprüfungen der Sonja Lüneburg schon Verdachtsmomente ergeben. Doch habe der damals von der SPD geführte Berliner Senat verhindert, daß ihre Daten mit den Unterlagen im Berliner Melderegister verglichen wurden.

Kühl teilte dazu ein Sprecher der nunmehr vom Christdemokraten Heinrich Lummer geleiteten Berliner Innenbehörde mit, derlei Anfragen westdeutscher Behörden habe es nicht gegeben; und Erkenntnisse über Sonja Lüneburg lägen in Berlin nicht vor.

Für mögliche Versäumnisse können die Unionschristen eher ihren Koalitionspartner rüffeln. Schon seit geraumer Zeit will Bundesinnenminister Zimmermann schärfere Sicherheitsrichtlinien für die Überprüfung von Bundesbediensteten erlassen. Das scheiterte bislang an den Freidemokraten, vor allem an den Abgeordneten Gerhart Baum und Burkhard Hirsch. Nun hoffen die Christdemokraten, daß die FDP unter dem Eindruck der jüngsten Spionage-Fälle klein beigibt.

Vordringlicher Wunsch der Union: Zuwanderer aus dem kommunistischen Machtbereich, die sich um einen Job beim Bund bewerben, sollen automatisch der erweiterten Überprüfung unterworfen werden, auch dann, wenn sonst nur die einfache Abklärung – Anfrage beim Geheimdienst-Computer Nadis – vorgesehen ist. Der gründliche Check schließt Anfragen bei Privatleuten und Dienststellen – von der Polizei bis zum Bundesnachrichtendienst – ein.

Eine solche Regelung strebte schon 1979 die Schmidt-Regierung an. Sie scheiterte, weil sozialliberale Rechtspolitiker darin eine pauschale Diskriminierung zugewanderter DDR-Bürger sahen. Burkhard Hirsch ist auch heute dieser Meinung. Einziges Kriterium für das Ausmaß der Überprüfung, so der Freidemokrat, sollte der „Vertraulichkeitsgrad" sein, der mit der jeweiligen Funktion verbunden ist.

Gegen ein anderes Vorhaben der christlichen Sicherheitsfanatiker wehren sich sogar die Staatsschützer. Am liebsten würde die Union bei allen Bundesbediensteten, die unter die Sicherheitsrichtlinien fallen, den Melderegister-Abgleich einführen, um so eingeschleusten Personen auf die Spur kommen zu können. Das aber sei, sagen Geheimdienst-Experten, bei jährlich rund 26 000 Sicherheitsüberprüfungen weder personell noch zeitlich zu schaffen.

Besonnene Politiker warnen denn auch vor dem falschen Eindruck, daß, wenn nur scharf genug kontrolliert werde, der Spionagespuk über kurz oder lang vorüber sei: „Das Einschleusen von Agenten – gleich welcher Nationalität – in die Bundesrepublik Deutschland", so FDP-Fraktionschef Wolfgang Mischnick letzten Freitag, „läßt sich niemals ganz unterbinden."

Einen Aspekt sparte die Freitagsrunde vorsorglich aus: Keiner fragte, wer für den Fall politisch verantwortlich sei.

Für Bundesinnenminister Zimmermann, zuständig für das Bundesamt für Verfassungsschutz, zahlte sich einstweilen aus, daß er gerade erst einen Profi als Staatssekretär verpflichtet hat. Hans Neusel, zuletzt Staatssekretär bei Ex-Bundespräsident Karl Carstens, davor Vertrauter von Bundeskanzler Kiesinger. Neusel wollte von Heribert Hellenbroich wissen, ob er das Bundesinnenministerium jemals über die Probleme des Verfassungsschützers Tiedge informiert habe.

Hellenbroich mußte passen: Er habe stets an Tiedges Besserung geglaubt und sei durch dessen gute Arbeit auch bestätigt worden.

GEHEIMDIENSTE

Der Maulwurf

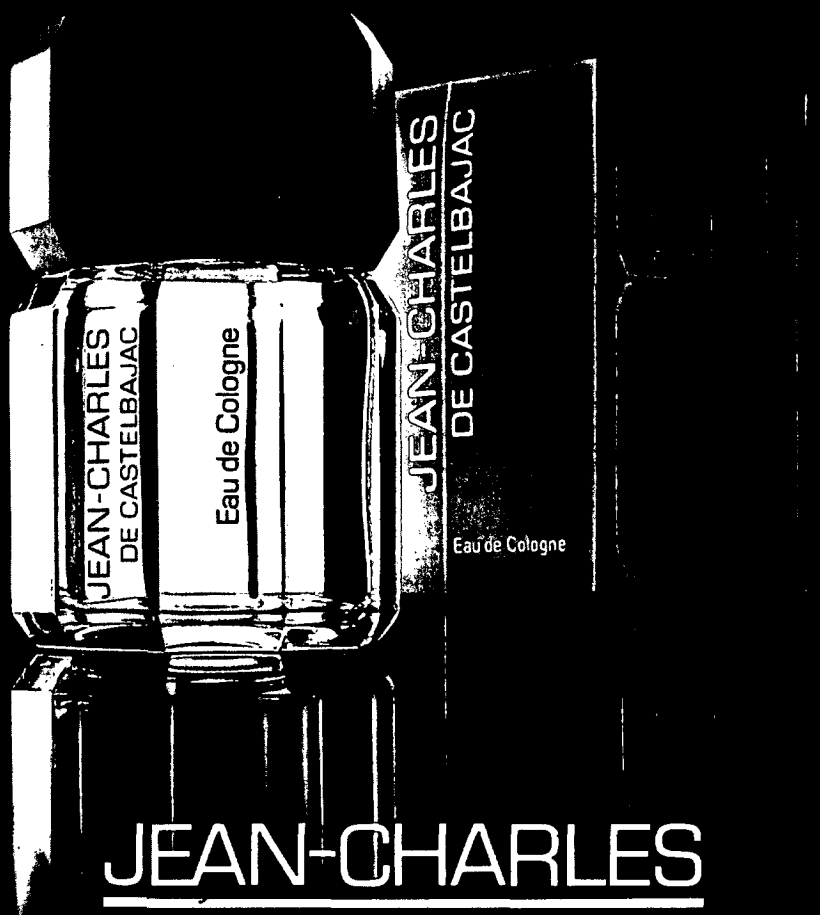
Ausgerechnet der Sicherheitsbeauftragte der Bundesgrenzschutzdirektion spionierte für die DDR. Er verriet, so die Ermittler, alles über fälschungssichere Ausweise, internen Datenfunk und aktuelle Fahndungen.

Immer wieder, alle paar Wochen, standen bei Sylvie Roski, 27, Hausfrau in Koblenz-Metternich, Zeugen Jehovas im Treppenhaus. Drei Jahre lang ließen die „Wachtturm"-Leute nicht locker – dann hatten sie die Regierungsratsgattin bekehrt. Anfang Juli 1984 schwor Sylvie



Jean-Charles de Castelbajac,
Paris, Rue de Rivoli.

Ein Modeschöpfer gibt einer Herrenlinie seinen Namen.



JEAN-CHARLES
DE CASTELBAJAC
Exclusive 4711

Eau de Cologne · After Shave · Pre Shave · Rasierschaum · Rasiercreme · Gesichtscreme
Herrenseife · Shampoo · Duschgel · Körperlotion · Schaumbad · Deodorant

Immer ein gutes Zeichen

Roski den Sektenbrüdern den „Eid, daß ich ein Zeuge sein will".

Kurz vor der Taufe gab die Bekehrte einem Gremium von Ober-Zeugen ein „großes Geheimnis" preis: Zusammen mit ihrem Ehemann Franz-Arthur, 36, habe sie seit gut sechs Jahren als Agentin für Ost-Berlin gearbeitet. „Ich denke", sprach Jehovas neue Zeugin, „diese Vergangenheit mußt du abwischen."

In Begleitung eines Glaubensbruders, des Rechtsanwalts Klaus-Peter Heym, ging sie zur Frankfurter Staatsanwaltschaft und erleichterte ihr Gewissen. Und in derselben Woche noch, bei der Einweihung eines Lagezentrums des Bundesgrenzschutzes (BGS) in Emden, wurde der ahnungslose Ehemann, einer der höchsten Geheimnisträger der westdeutschen Sicherheitsbehörden, vom Bundeskriminalamt (BKA) verhaftet.

Von Dienstag dieser Woche an steht Roski, der frühere Dezernatsleiter IV (Organisation) und Sicherheitsbeauftragte der Grenzschutzdirektion Koblenz, vor dem Zweiten Strafsenat des dortigen Oberlandesgerichts – angeklagt der Spionage in einem besonders schweren Fall (Höchststrafe: zehn Jahre).

Wenn die Beweisaufnahme die Ermittlungen der BKA-Staatsschützer bestätigt, war Roski jahrelang ein wichtiger West-Kundschafter des Ost-Berliner Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Roski wird beschuldigt, die MfS-Grenzaufklärer über geheime Erkenntnisse und Interna des Bundesgrenzschutzes en détail auf dem laufenden gehalten zu haben. „Als Maulwurf der Gegenspionage", erläutern Vernehmer der BKA-Staatsschutzabteilung den Fall, habe Roski „halbwegs enttarnten Spionen noch schnell beim Abflitzen geholfen". Sein Lohn: rund 50 000 Mark.

Roskis Tips nach drüben, zum Beispiel Hinweise auf aktuelle Fahndungen, müssen bis zum Juli letzten Jahres manchem „Flitzer" (BKA-Jargon) genutzt haben. Wie jüngst im Fall der Bangemann-Sekretärin Sonja Lüneburg und ihrer ebenfalls verschwundenen Kollegin Ursula Richter vom Bund der Vertriebenen waren, so die Ermittler, auch früher „oft die Nester noch warm" gewesen, „wenn wir zugreifen wollten".

Die Anklage wirft dem Beamten vor, er habe auch die Namen Verdächtiger aus Interzonenzügen preisgegeben, die in den Westen kamen. Was über das Datennetz des BGS lief, Angaben aus überprüften Personalpapieren zum Beispiel, lieferte Roski nach eigenem Bekenntnis sporadisch nach Ost-Berlin.

Überdies soll der Sicherheitsbeauftragte dem MfS Listen aller Datenfunk-Terminals der Grenzschutzämter beschafft und dafür Sorge getragen haben, daß das Mithören drüben klappte. Nachdem das BKA das neue BGS-Handfunkgerät „Motorola" in einem „technischen Prüfbericht" auf seine Tauglichkeit un-

tersucht hatte, zog Roski, wie er zugab, eine Kopie für die Gegenseite.

In die DDR gingen, so die Anklage, auch eine „Gefährdungsanalyse" des BGS über „Lauschrisiken an der Grenze" sowie streng vertrauliche Protokolle von BGS-Kommandeursbesprechungen und Ausschuß-Tagungen der Länder-Innenministerkonferenz (IMK).

In einem Bericht des IMK-„Arbeitskreises 2" konnte Ost-Berlin beispielsweise geheime Details zur Entwicklung eines fälschungssicheren Personalausweises mitlesen. „Jetzt sind die da in allem à jour", klagt ein Bonner Agentenjäger, „was die Bundesdruckerei ausgeknobelt hatte."

Bei seiner Vernehmung durch denselben Beamten des BKA (Deckname: „Hupe"), der schon Kanzleramtsspion Günter Guillaume verhört hatte, packte Roski auch über die Umstände seiner Anwerbung durch das MfS aus.

Bei der goldenen Hochzeit der Großeltern in Lichtenberg/Erzgebirge war er 1971 mit einem „Christian" bekannt geworden, der sich „am Geldumtausch interessiert" zeigte. Vier Wochen später verabredeten sich die beiden an der Weltzeituhr am Ost-Berliner Alexanderplatz. Als Roski in den folgenden Jahren gelegentlich via Kopenhagen und Warnemünde seinen „neuen Freund" in Karl-Marx-Stadt besuchte, hatte er schon kleine Aufträge zu erfüllen.

Der Jura-Student schrieb für anfangs 200 West-Mark monatlich nicht nur politische Stimmungsberichte von der Bochumer Uni, sondern lieferte auch Charakterprofile von Alten Herren aus der Studentenverbindung „Saxo Thuringia" und aus dem Katholischen Deutschen Studentenverband sowie Angaben über den Bochumer Oberstaatsanwalt Hermann Steffen und den Direktor der Bundeszentrale für politische Bildung, Hans Stercken.



Spionageverdächtiger Roski, Ehefrau: Geheimakten im Rasierapparat

Unter dem Falschnamen „Bernd Frieder Donnerhack" nahm der Jungjurist später Treffs mit MfS-Leuten in Bochum, Essen, Wien und Lüttich wahr. Als Franz-Arthur Roski absolvierte er beim OLG Hamm und in einer Anwaltskanzlei in Paris seine Referendarzeit.

Nach dem Assessor-Examen, 1979, fand er im bayrischen Zirndorf eine erste Anstellung beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge und wechselte 1982 ins Bundesinnenministerium. Geebnet worden war ihm der Weg durch ein Empfehlungsschreiben des von ihm bespitzelten Hans Stercken, inzwischen CDU-MdB für Aachen. Das MfS, erfuhr Roski beim nächsten konspirativen Treff in Remagen, sei „hellauf begeistert" über den schnellen Karriere-Schritt.

Im Referat „Asylrecht" fand der Jung-Ministeriale gleich Interessantes, das er daheim mit einer „Yashica"-Kamera aus MfS-Beständen ablichtete. Gelegentlich wurde er nun auch zu Treffs und Schulungswochenenden nach Karl-Marx-Stadt bestellt. Ein als Wandersmann getarnter Agent brachte ihn bis zum ostbayrischen Grenzbach Moschwitz. Dort wurde der Beamte durch den Stahlgitterzaun gelotst und im Niemandsland eilends in eine Majorsuniform der Volksarmee gesteckt – zur Täuschung der DDR-Grenzer, wie ihm bedeutet wurde, bei denen „so viel geschwätzt" werde.

Nachdem Roski im März 1983 bei der Grenzschutzdirektion das Dezernat IV übernommen hatte, trat er, weil es ihm karrieredienlich zu sein schien, in Koblenz in die CDU ein. Bald wurde er auch noch für „die Sicherheit im Hause" zuständig.

Auf diesem Posten fiel ihm fast alles in die Hände, was beim BGS einen Geheimstempel trug – eine Menge Stoff. Nach dem BKA nämlich verfügt die Grenzschutzdirektion über den größten Fahndungsstab und den üppigsten Fahndungsdatenbestand der Bundesrepublik.

Der Dezernatsleiter lichtete Papiere, wie er gestanden hat, mit einer Mikrat-Kamera ab, die in einem Elektrorasierer der Marke „Privileg" verborgen war. Ehefrau Sylvie, die seit 1977 eingeweiht war und bald danach als Kurier diente, übergab die Filme einer „sechzigjährigen Frau" – mal vor dem Quelle-Kaufhaus in Koblenz, mal am Domplatz zu Trier oder in Mainz.

Erst „durch das Studium der Bibel" will die Mutter dreier Kinder (6, 5, 4) gemerkt haben, „was in der Welt gespielt wird".

Sylvie Roski über die Wende in ihrem Leben: „Ich war in der Schlinge und habe immer wieder meinem Mann gesagt: ‚Laß das doch!' Es hat alles nichts geholfen, bis ich ein Zeuge wurde." ◆



Datenfunkgerät des Bundesgrenzschutzes
Hört Ost-Berlin mit?